

## **KLEINE ANFRAGE**

**des Abgeordneten Stefan Köster, Fraktion der NPD**

**Probleme der „flexiblen Arbeitswelt“**

**und**

## **ANTWORT**

**der Landesregierung**

Wie in der Tageszeitung die Welt (Ausgabe vom 17.08.2012) unter Berufung auf den „Fehlzeiten-Report“ des Wissenschaftlichen Instituts der AOK zu lesen war, machen Überstunden, ständige Erreichbarkeit und das oft weite Pendeln zum Arbeitsort immer mehr Arbeitnehmer krank.

1. Wie hat sich in Mecklenburg-Vorpommern seit 2002 die Zahl der Überstunden entwickelt (bitte jährlich aufzuführen und dabei sowohl die Gesamtzahl als auch die Zahl der Überstunden pro Arbeitnehmer angeben)?
2. Wie hat sich in Mecklenburg-Vorpommern seit 2002 die Zahl der Arbeitnehmer-Fehltage entwickelt (bitte jährlich aufzuführen und dabei sowohl die jeweilige Gesamtzahl als auch die Fehltage pro Arbeitnehmer angeben)?

Die Fragen 1 und 2 werden zusammenhängend beantwortet.

Der Landesregierung liegen keine entsprechenden Daten vor.

3. Wie hat sich seit 2002 in Mecklenburg-Vorpommern die Zahl der Berufspendler entwickelt (bitte jährlich angeben sowie differenzieren nach 25, 50 und mehr als 50 km Entfernung zum Arbeitsort)?

Daten über Berufspendlerinnen und Berufspendler in Mecklenburg-Vorpommern sind unter nachfolgendem Link zu finden:

[http://sisonline.statistik.m-v.de/sachgebiete/A625403K/stand/9/Sozialversicherungspflichtige\\_Beschaeftigte\\_und\\_Berufspendler](http://sisonline.statistik.m-v.de/sachgebiete/A625403K/stand/9/Sozialversicherungspflichtige_Beschaeftigte_und_Berufspendler).

Darüber hinausgehende Daten liegen der Landesregierung nicht vor.

4. Inwieweit sieht die Landesregierung einen Zusammenhang zwischen Überstunden, ständiger Erreichbarkeit und oft weitem Pendeln zum Arbeitsort einerseits und der zunehmenden Zahl psychischer Krankheiten andererseits?

Hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen Überstunden, ständiger Erreichbarkeit und oft weitem Pendeln zum Arbeitsort und der zunehmenden Zahl psychischer Krankheiten wird seitens der Landesregierung auf das Kapitel 5 „Flexible Arbeitswelt: Ergebnisse einer Beschäftigtenbefragung“ des Fehlzeiten-Reportes 2012 „Gesundheit in der flexiblen Arbeitswelt: Chancen nutzen - Risiken minimieren“ verwiesen.

5. Mit welchen Maßnahmen hat die Landesregierung dazu beigetragen, die Belastung der Arbeitnehmer vor ebengenanntem Hintergrund zu mindern?  
Zu welchen messbaren Ergebnissen haben die Maßnahmen geführt?
6. Mit welchen Konzepten gedenkt die Landesregierung in dieser Legislaturperiode ihren Beitrag zu einer Entlastung der Arbeitnehmer vor dem Hintergrund einer „flexiblen Arbeitswelt“ zu leisten (bitte die Konzepte jeweils kurz skizzieren)?
  - a) Wer sind die Partner der Landesregierung?
  - b) In welchen Zeiträumen sollen die Konzepte umgesetzt werden?
7. Von welchen präventiven Maßnahmen, die eine Entlastung der Arbeitnehmer vor dem Hintergrund einer „flexiblen Arbeitswelt“ zum Ziel haben, hat die Landesregierung Kenntnis?

Die Fragen 5, 6 und 7 werden zusammenhängend beantwortet.

Die Landesregierung hat es sich zum Ziel gesetzt, die Bedingungen für eine betriebliche Gesundheitsförderung vor allem in Klein- und Mittelständischen Unternehmen (KMU) mit Sitz oder Betriebsstätte in Mecklenburg-Vorpommern mit einem Aktionsprogramm zur Betrieblichen Gesundheitsförderung als Anshub notwendiger Prozesse nachhaltig zu verbessern. Es sollen innovative und qualitativ hochwertige Projekte mit ganzheitlichen und nachhaltigen Ansätzen gefördert werden. Ergänzend wird hierzu ein sozialversicherungsträgerübergreifendes Netzwerk eingerichtet, das dem Austausch untereinander und der Unterstützung der Unternehmen dienen soll.

8. Kosten in welcher Höhe entstanden seit 2002 in Mecklenburg-Vorpommern durch die Fehlzeiten von Arbeitnehmern (bitte jährlich angeben)?  
Wie haben sich dabei die Behandlungskosten infolge psychischer Erkrankungen entwickelt (bitte jährlich angeben)?

Die Kosten, die seit 2002 in Mecklenburg-Vorpommern durch die Fehlzeiten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern entstanden sind, sowie die Behandlungskosten infolge psychischer Erkrankungen können seitens der Landesregierung nicht beziffert werden.